



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER NOVEMBER 2021

BERND RÜTZEL
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart / Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg /
Aschaffenburg-Land

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstr. 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Zeichen stehen auf Erneuerung und Aufbruch. Mit einer rot-gelb-grünen Regierungskoalition kann es gelingen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten und Antworten auf ihre Herausforderungen zu finden.

Die Sondierungen haben offenbar auch den Grünen und der FDP klar gemacht, dass die SPD der richtige Partner für eine zukunftsfähige Regierung ist – so wie es auch der Wunsch der Wählerinnen und Wähler war.

Die Union muss interne Schwierigkeiten und einen Zeitenumbruch bewältigen. Ich hoffe, dass ihr das gelingen wird – gerne in der Opposition. Vielleicht schafft sie es dann auch, bei der Wahl ihrer Partner und Vorbilder größere Sorgfalt walten zu lassen. Dass das notwendig wäre, zeigt z. B. der Fall von Sebastian Kurz sehr deutlich.

Der November wird ein arbeitsintensiver und wichtiger Monat. In den nächsten vier Wochen werden die Weichen für die kommenden vier Jahre gestellt. Und dann gilt: An Nikolaus ist tatsächlich GroKo aus. Und Olaf Scholz wird der neunte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Dein

3



Großer
Zapfenstreich

5



Ortsumgebung und
Lärmschutz in Gemünden

7



Klimaneutralität
bei Gerresheimer

8



Förderung für
Schutzengel-Kirche

KLARTEXT

RUHIGE AMPEL



Viele Presseleute wundern sich, dass es um die Ampel-Sondierungen so ruhig war. Nun, eine Ampel wird ja auch offiziell „Lichtsignalanlage“ oder auch „Lichtzeichenanlage“ genannt. Sie dient der Steuerung des Straßen- und Schienenverkehrs.

Dass es bei der politischen Ampel aus SPD, Grüne, FDP so lautlos zugeht, ist ein gutes Zeichen. Diese neue Regierung wird und muss vieles neu regeln und steuern.

Apropos steuern. Für mehr Klimaschutz, bezahlbare Wohnungen, Transformation der Industrie, Stärkung der Pflege und des Gesundheitswesens und sichere Renten braucht es Geld. Ich finde, dass starke Schultern mehr tragen sollen und mehr Steuern entrichten sollen. Die ganz Reichen in unserem Land werden das verkraften. Es geht um Menschen die mehrere Millionen auf dem Konto haben und auch um die, die mehrere Milliarden ihr „Eigen“ nennen. Ein erster Schritt ist, dass weltweit 15 Prozent Mindeststeuern bezahlt werden müssen. Niemand soll mehr mit seinem Geld in Steueroasen flüchten können. Das bringt uns schon einen Milliardenbetrag. Ein wichti-

ger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.

Hinzu kommt, dass Unternehmen, die hier ordentlich Gewinn erwirtschaften, auch im Land ihre Steuern zahlen müssen. Das haben 80 Staaten weltweit beschlossen und auch alle Europäer haben zugestimmt. „Olafs Baby“ nennen die das - denn Olaf Scholz hat jahrelang als Finanzminister dafür gearbeitet. Die Zeiten der Sondierungen sind vorbei und ab sofort wird nun auch verhandelt. Da kann es etwas lauter werden.

Vor vier Jahren scheiterten die Jamaika-Verhandlungen, weil nicht auf Augenhöhe agiert wurde. Die CDU/CSU war in sich selbst verliebt und glaubte, dass die anderen spüren mussten. Das Ergebnis ist bekannt.

Diesmal ist die CDU/CSU überhaupt nicht in der Lage zu verhandeln. Sie müssen erst intern vieles regeln und sich komplett neu aufstellen. Sie sind nach 16 Jahren Merkel inhaltlich ausgebrannt und orientierungslos. Das rächt sich jetzt. Sie sind nicht wie wir eine starke Programm-Partei. Auch deshalb haben sie die Wahl verloren. Ihre neuen Oppositions-Bänke können hart und unbequem sein. Daran wird sich die Union erst wieder gewöhnen müssen.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

SCHOLZ-ERFOLG: GLOBALE MINDESTSTEUER

Die Einigung der G20-Finanzministerinnen und Finanzminister zur Einführung der globalen Mindeststeuer ist ein historischer Erfolg. Olaf Scholz hat diese Reform maßgeblich jahrelang vorangetrieben. So wird sie aussehen:

>> 136 Länder weltweit machen mit.

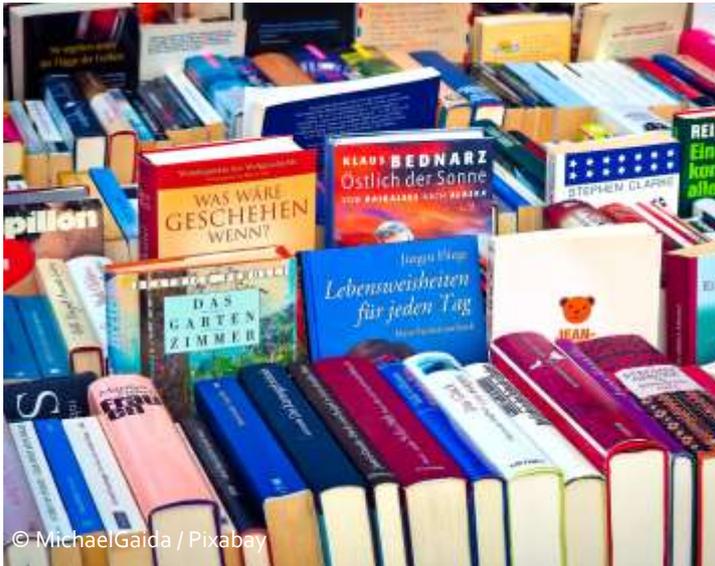
>> International tätige Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen Euro sollen künftig 15 Prozent Steuern zahlen, unabhängig von ihrem Sitz.

>> Weltweit werden 7.000 bis 8.000 Firmen damit erfasst, einige Hundert davon aus Deutschland.

>> Weltweit wird mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von rund 150 Milliarden Dollar pro Jahr gerechnet - für Deutschland sind es 5 bis 6 Milliarden Euro.

>> Ziel ist es, dass die Regeln ab 2023 greifen.

Politik kann die Regeln für eine gerechtere Globalisierung gestalten. Es ist aber entscheidend, wer regiert!



BIBLIOTHEKS- FÖRDERUNG

DURCH BUNDESPROGRAMM

Auch aus der inzwischen siebten Tranche des Soforthilfeprogrammes für zeitgemäße Bibliotheken in ländlichen Räumen „Vor Ort für Alle“ erhalten Büchereien aus der Gegend finanzielle Unterstützung vom Bund.

Die Katholische Bücherei Dorfprozelten kann mit einer Unterstützung des Bundes in Höhe von über 4.000 Euro eine Küche, Tische und Stühle anschaffen. Die Büchereien in Kahl am Main (3.322 Euro), Mespelbrunn (2.010 Euro) und Hösbach (8.777 Euro) erhalten Fördermittel für die technische Ausstattung. Förderzusagen hatte es bereits für die Büchereien in Karlstein, Frickenhausen, Lohr, Johannesberg und Karlstadt gegeben. Die Gemeindebücherei Thüngen bekommt 2.008,26 Euro für die Anschaffung von Tonie-Boxen, einem kindgerechten System für Hörspiele, Hörbücher und Musik.

Aus dem Soforthilfeprogramm für zeitgemäße Bibliotheken in ländlichen Räumen sind inzwischen ca. 41.000 Euro in die Region geflossen. Ich finde, jeder Cent ist hier sehr gut angelegtes Geld.



GROßER ZAPFENSTREICH

FÜR AFGHANISTAN-EINSATZKRÄFTE

In Berlin nahm ich Mitte Oktober am Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag zum Abschluss des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr teil. Dieses Mandat hat viele Opfer, Leid und Geld gekostet.

Aber eine ganze Generation konnte in 20 Jahren in Afghanistan mit mehr Rechten aufwachsen. Kinder durften in die Schule gehen und Frauen bekamen mehr Rechte. Von einer Sekunde auf die andere fiel alles wie ein Kartenhaus zusammen. War alles umsonst? Es muss jetzt aufgearbeitet werden.

Mein Dank gilt der Bundeswehr und damit jeder Soldatin und jedem Soldaten. Ganz besonders auch in den letzten Tagen der Evakuierung in Kabul.

Dieser Zapfenstreich aus dem 16. Jahrhundert ist ein wichtiges und ergreifendes Zeremoniell und eine Würdigung des Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten. Deshalb war es für mich selbstverständlich, dabei zu sein.



BETRIEBSRÄTE-KONFERENZ

IN MARKTHEIDENFELD

Gegenseitige Wertschätzung zeigte sich bei meinem Besuch der Betriebsräte-Vollkonferenz der Aramark GmbH aus ganz Deutschland, die in Marktheidenfeld stattfand. Dabei ging es neben dem Kurzarbeitergeld auch um das Betriebsrätemodernisierungsgesetz, das der Bundestag im Juni 2021 verabschiedet hat. Ich hatte das Gesetz für die SPD verhandelt und konnte entsprechend erklären, wie die Gründung von Betriebsräten erleichtert wurde.

Die Betriebsratsmitglieder berichteten mir von ersten Erfahrungen und Erfolgen des Gesetzes. Für die Hinweise und Anregungen aus der Praxis bin ich sehr dankbar. Betriebsräte entwickeln Ideen für ihr Unternehmen, um Weiterbildung möglich zu machen und um Arbeitsplätze zu erhalten.

Deshalb wird die SPD nun Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte weiter stärken. So wollen wir als SPD mehr Mitbestimmungsrechte schaffen bei der Beschäftig-

ensicherung und bei Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie der Künstlichen Intelligenz, bei der Personalbemessung, damit Überlastungen beseitigt werden und bei der betrieblichen Weiterbildung als einer zentralen Voraussetzung für gelungenen Wandel.

Sehr gefreut haben mich auch die freundlichen Worte von Claudia Pasewalk, Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Aramark. Durch ihre Teilnahme an meinem regelmäßigen Betriebsräte-Stammtisch weiß sie, dass ich immer ansprechbar bin, wenn es um die Rechte von Beschäftigten geht. Da der Stammtisch momentan digital abgehalten werden muss, ist es umso schöner, dass bei dieser Betriebsrätekonferenz in Marktheidenfeld ein persönlicher Austausch stattfinden konnte.



ORTS- UMGEHUNG

FÜR GEMÜNDEN

Für den Baubeginn der Ortsumgehung Gemünden (B 26) gibt es noch immer keine konkrete Zeitplanung. Das hat mir das Bundesverkehrsministerium auf Anfrage mitgeteilt. Zwar ist die Voruntersuchung für das Vorhaben inzwischen abgeschlossen, weitere Umsetzungsschritte werden aber zugunsten anderer Projekte hinten angestellt.

Die Bayerische Staatsregierung hat die zur Planung beim Staatlichen Bauamt Würzburg anstehenden Vorhaben priorisiert und den umfangreichen Neuplanungen im Zusammenhang mit der B 26n und der Ortsumgehung Giebelstadt (B 19) den Vorrang gegeben.

Das Staatliche Bauamt Würzburg ist für die Planung von fünf Projekten aus dem Bedarfsplan Bundesfernstraßen zuständig ist. Drei davon befinden sich im vordringlichen Bedarf: Neben der B 26n (AK Schweinfurt - Karlstadt) und der OU Giebelstadt ist das die OU Gemünden. Bei allem Verständnis für die Belastung des Bauamtes: Für mich ist klar, dass dieses Projekt angegangen werden muss, sobald die Kapazitäten das zulassen. Zumindest eine zeitliche Prognose, wann es weitergeht, sollte auch jetzt schon möglich sein. Ich würde mir mehr Transparenz wünschen, um die Priorisierungsentscheidung der Bayerischen Staatsregierung nachvollziehen zu können.

LÄRMSCHUTZ

AN DEN SCHIENENWEGEN

Auch der Lärmschutz an den Schienenwegen für Gemünden lässt weiter auf sich warten. Strengere Grenzwerte machen eine Neubewertung der Belastung erforderlich. 2026 soll mit der Umsetzung des Lärmschutzes in Gemünden begonnen werden.

Im Sommer hatte ich mich einmal mehr an die Verantwortlichen bei Bund, Land und der Deutschen Bahn gewandt, um aktuelle Informationen zum Lärmschutz an der Bahnlinie in Gemünden zu erhalten. Der Lärmschutz für Gemünden sei konkret in Planung, allerdings müsse wegen einer Absenkung der den Lärmschutz auslösenden Grenzwerte der Bedarf für die Lärmsanierung neu berechnet werden. Dass Gemünden Lärmschutzmaßnahmen braucht, steht seit vielen Jahren fest. Ich hoffe, dass die lange Wartezeit mit umfassenden Maßnahmen für alle betroffenen Bereiche vergolten wird. Ich werde die weiteren Abläufe aufmerksam begleiten, aktuelle Sachstände immer wieder abfragen und regelmäßig hierüber berichten.



SYNAGOGE

LAUDENBACH ERHÄLT FINANZSPRITZE

Letztes Jahr ist es mir gelungen, 250.000 Euro Bundesmittel für die Sanierung der Synagoge Laudenbach einzuwerben. Die Planungen gehen voran und werden immer konkreter. Davon konnte ich mich bei meinem Besuch in Laudenbach überzeugen. Ohne das Engagement des Fördervereins hätte die Synagoge nicht erhalten werden können. Herzlichen Dank hierfür! Ich freue mich darauf, wenn die Sanierungsarbeiten beginnen – und noch mehr auf deren Abschluss. Das wird gut!



AG SELBSTÄNDIGE

IN WÜRZBURG

Zu einem guten und sehr konstruktiven Austausch traf ich mich mit den Mitgliedern des AGS-Bundesvorstandes (Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD) am Rande ihrer Klausur in Würzburg. Natürlich haben wir über das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl diskutiert und später bei der Besichtigung und Führung in der Sektkellerei Höfer auch darauf angestoßen. Mein herzlicher Dank für die Einladung und die tolle Organisation unseres Zusammentreffens geht an Anna Stvrtecky.



VENANZEHAUS

IN COLLENBERG WIRD GEFÖRDERT

25.472 Euro erhält das Venanzehaus aus dem „Soforthilfeprogramm Heimatmuseen“ der Bundesregierung. Das Venanzehaus ist ein Themenmuseum rund um den Sandstein und die Steinhauerkunst. Dort finden außerdem wechselnde Ausstellungen statt. Es ist im ehemaligen Anwesen eines „Steinbarons“ untergebracht und dient als architektonisches Beispiel für eine Wohnanlage aus dem 19. Jahrhundert.



© Gerresheimer

GERRESHEIMER

KLIMANEUTRALITÄT ANGESTREBT

Beeindruckende Zahlen bekam ich beim gemeinsamen Besuch mit BayernSPD-Generalsekretär MdL Arif Taşdelen aus Nürnberg und Lohrs SPD-Vorsitzenden Marc Nötischer beim Glashersteller Gerresheimer in Lohr vom

Technischen Direktor, Jörg Buchmayer, und dem Chef der Öffentlichkeitsarbeit, Jens Kürten, präsentiert.

Das Thema: Die Modernisierung der Industrie hin zur Klimaneutralität. Dass dies enorme Kraftanstrengungen und Investitionen bedarf, machte Buchmayer an den Plänen des Unternehmens für das Lohrer Werk deutlich: Bis 2030 will Gerresheimer hier über 50 Prozent seines CO₂-Ausstoßes – was um die 25.000 Tonnen CO₂ pro Jahr entspricht – einsparen. Rechnet man das anvisierte Wachstum ein, handelt es sich gar um eine Reduktion von 70 Prozent. Gelingen soll das mit einer neuartigen Low-Carbon-Emission-Sauerstoff-Schmelzwanne, die schon 2023 umgesetzt werden soll.

Ich sicherte zu, mich bei Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) nach dem Stand des Förderantrags für dieses innovative, die Umwelt entlastende technische Projekt zu erkundigen. Angemeldet ist das Vorhaben beim Umweltinnovationsprogramm, das Unternehmen seit 1979 dabei unterstützt, industrielle Produktion mit ökologischen und ökonomischen Anforderungen zu vereinen.



Mehr Infos zu unserem Besuch in Lohr gibt es auf meiner [Homepage](#), sowie mit Klick auf das Bild.



HERBSTMARKT

IN GEMÜNDEN

Vielen Dank für den guten Zuspruch bei unserem Waffel- und Crêpes-Stand in Gemünden. Die Stadt war voll. Den Menschen dürstet es nach Begegnung. Das Video zum Herbstmarkt gibt es auf meiner Facebook-Seite oder mit Klick auf das Foto.



SPRACH- FÖRDERUNG

IM KINDERGARTEN

Die Kindertagesstätte „Rasselbande“ und der Kindergarten „Abenteuerland“ (beide in Elsenfeld) erhalten Bundesmittel aus dem erfolgreichen Programm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist".

Ich bin froh, dass im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ bundesweit 1.000 zusätzliche Fachkräfte in Sprach-Kitas gefördert werden. Weitere 100 Millionen Euro stellt das Bundesfamilienministerium 2021 und 2022 dafür bereit. Ziel ist es, die Folgen der Pandemie und Bildungsdefizite, wie beispielsweise in der sprachlichen Bildung, rasch zu überwinden.



© Förderverein Alte Kirche Gräfendorf

18.750 EURO

FÜR ALTE SCHUTZENGEKIRCHE

Das Bundesprogramm „Kulturförderung im ländlichen Raum“ hat viele Facetten. „Kirchturmdenken. Sakralbauten in ländlichen Räumen“ heißt der Fördertitel, mit dem ein Vorhaben des Fördervereins Alte Schutzengelkirche Gräfendorf unterstützt wird. Die Alte Schutzengelkirche wird saniert, ihre Schätze sind deshalb für die Öffentlichkeit zurzeit nicht sichtbar. Das will der Förderverein ändern und mit Informationstafeln und digitalen Elementen auf Verborgenes aufmerksam machen. Kirchen werden im Förderprogramm als „Ankerpunkte lokaler Entwicklung und Knotenpunkte überregionaler Vernetzung“ bezeichnet. Ein schöner Gedanke, wie ich finde, der die Bedeutung von Kirchen als Ort der Begegnung in unsere Zeit transportiert.



© Bernd Rützel

Unsere Bundestagskollegin Bärbel Bas wurde auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion zur neuen Bundestagspräsidentin gewählt. Ich wünsche Bärbel Kraft, Glück und alles Gute für Ihr Amt.

Die konstituierende Sitzung leitete sie souverän, als ob sie noch nie etwas anderes gemacht hätte.



© Bernd Rützel

DISKUSSION ÜBER DIE BUNDESTAGSWAHL

Auf Einladung der SPD Kleinwallstadt diskutierte ich Mitte Oktober über die Bundestagswahl, das Ergebnis und die Sondierungen. Kurz vor der Veranstaltung wurde das Sondierungsergebnis bekannt gegeben und das zugehörige Papier veröffentlicht.

Diskutiert, besprochen und festgehalten wurden nicht alle Themen und alle Einzelheiten. Als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen ist das Sondierungspapier ein gangbarer Kompromiss mit einigen Punkten, die für uns wichtig sind: 12€-Mindestlohn, stabiles Rentenniveau, mehr geförderter und sozialer Wohnungsbau, Beibehaltung des Soli für die Bestverdienenden, Bürgergeld statt Hartz IV.

Herzlichen Dank für die Einladung und für die sehr gute Moderation.



Das Sondierungspapier kann mit Klick auf das Foto nachgelesen werden.



© SPD AB-Land

NEUWAHLEN

BEI DER SPD IN ASCHAFFENBURG-LAND

Herzlichen Glückwunsch dem neuen Team an der Spitze des SPD-Kreisverbandes Aschaffenburg-Land um den neuen Vorsitzenden Wolfgang Jehn, seiner Stellvertreterin Anita Peffgen-Dreikorn und seinem Stellvertreter Simon Dümig. Ich berichtete von den Ampel-Sondierungen und erläuterte den Zeitplan bis zur Wahl von Olaf Scholz zum nächsten Deutschen Bundeskanzler.

EIN BAUM

FÜR DIE PARTNERSCHAFT MIT BRASILIEN

„Wenn ich wüsste, dass die Welt morgen endet, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen“, hat Martin Luther einmal gesagt. Auch symbolische Aktionen sind dabei wichtig: Die Diözese Würzburg hat zusammen mit der Langenprozellener Pfarrgemeinde St. Wendelin, dem KAB-Ortsverband und dem örtlichen Obst- und Gartenbauvereine eine Hainbuche zum anstehenden zehnjährigen Bestehen der Partnerschaft mit Óbidos in Brasilien  gepflanzt. Mit Klick auf das Symbol links geht es zum Artikel in der Mainpost.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-
Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische
Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wer bei uns in Bayern lebt, verdient im Schnitt mehr als anderswo in Deutschland. Allerdings klappt die Einkommensschere weit auseinander. Und sie wächst. Fast ein Fünftel der ArbeitnehmerInnen (also 1 Mio. Menschen allein in Bayern!) arbeitet aktuell im Niedriglohnsektor für weniger als 11,77 Euro pro Stunde. Jeder, der arbeitet, sollte davon gut leben können. Deshalb ist die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro eine wichtige Forderung.

Was war vor der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 debattiert und gestritten worden: Gegner warnten vor steigenden Arbeitslosenzahlen und Inflation, manch einer wählte gar den Untergang ganzer Branchen. All diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Deshalb ist es nun an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen und die untere Lohngrenze auf ein Niveau zu heben, mit dem berufstätigen Menschen ein vernünftiges Auskommen gesichert wird. Dies wäre ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zu mehr gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Schauen wir uns doch einmal an, wer heute im Niedriglohnsektor arbeitet: Oft sind es Frauen. Oft sind es Alleinerziehende (fast 40 Prozent von ihnen arbeiten für besonders niedrige Löhne). Oft sind es Menschen, die in Teilzeit oder mit einem befristeten Vertrag arbeiten.

Und es sind längst nicht nur niedrigqualifizierte Tätigkeiten, die schlecht vergütet werden. Immer häufiger arbeiten Menschen mit einer Ausbildung oder einem Studium

in prekär bezahlten Jobs. Das hat auch damit zu tun, dass die Tarifbindung auch in Bayern immer weiter zurückgeht – und in immer mehr Berufen nicht mehr qualifikationsabhängig bezahlt wird. Inzwischen unterliegen nur noch 53 Prozent der Arbeitsverhältnisse der Tarifbindung. Bayern ist damit trauriges Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern.

Ein weiterer Grund, warum wir einen höheren Mindestlohn brauchen, ist der Kampf gegen die Altersarmut. Ich fand es beschämend, als ich kürzlich eine BR24-Datenanalyse las, wonach die Armutsgefährdungsquote für ältere Menschen in Bayern bundesweit am höchsten ist. 22 Prozent der Senioren gelten bei uns als armutsgefährdet. Zum Vergleich: In Sachsen sind es dagegen lediglich 7,9 Prozent. Wer ein Leben lang im Niedriglohnsektor gearbeitet hat, dem wird die Rente später nicht reichen. Dieser Fehlentwicklung müssen wir entgegenwirken.

Wir Abgeordneten der bayerischen SPD-Landtagsfraktion setzen uns schon seit langem für ein bayerisches Mindestlohn- und Tariftreuegesetz ein, damit öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden, die Mindestlohn zahlen und sich tariftreu verhalten.

Um Soloselbstständige und Minijobber vor unvorhersehbaren Notlagen (etwa dem plötzlichen Wegfall von Aufträgen, wie es während der Coronapandemie vielfach geschehen ist) zu schützen, fordern wir die Einführung eines so genannten Sicherungsgeldes in Bayern, das ähnlich wie eine Arbeitslosenversicherung funktioniert.

Mit diesen und weiteren Initiativen setzen wir uns auch künftig für mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern ein.

Herzlichst

Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de